

© Marco2811 - AdobeStock

## Grüner Wiederaufbau nach Corona

Das Virus hat vieles wohl dauerhaft verändert. Man spricht nun vom „neuen Normal“. Wie der Wiederaufbau so gelingen kann, dass das Danach besser ist als das Vorher, beschäftigt Politiker, Ökonomen und Think Tanks.

Auch wenn es nicht alle Branchen gleich hart traf, liegt die deutsche Wirtschaft nach Corona doch mehrheitlich am Boden. Dass Deutschlands größter Flughafen nur zu fünf Prozent ausgelastet ist und die Automobilhersteller sich von den Umsatzeinbrüchen so schnell nicht erholen werden, schlägt auf Zulieferer und Dienstleister durch. Und so macht sich die Krise in den Portemonnaies einer breiten Verbraucherschicht bemerkbar und irgendwann auch in den Steuerbilanzen von Staat und Kommunen.

Trotz absehbarer Ebbe in den Staatskassen kündigten die Europäische Union wie auch die Bundesregierung Ausgaben in ungekannter Höhe an. 750 Milliarden Euro schwer ist das Corona-Wiederaufbauprogramm der EU, der deutsche Fiskus verabschiedet sich von der vielbeschworenen „Schwarzen Null“. Doch die Lösung der Stunde lautet „Kein frisches Geld für alte Ideen“. Der Green Deal der neuen EU-Kommission verschmilzt dafür mit dem Corona-Konjunkturpaket und wird zum Kompass der Wirtschaftspolitik für die nächsten Jahre. Das führt zu bahnbrechenden Neuerungen, zunächst in der Finanzbranche und in der Energiewirtschaft. Wir zeigen, mit was zu rechnen ist.

---

Liebe Leserinnen und Leser,  
mit dem Politikmonitor Nachhaltigkeit berichten wir seit 2015 regelmäßig zu Themen, Veranstaltungen und regulatorischen Entwicklungen aus Brüssel und Berlin. Denn politische Diskussionen und Rahmenbedingungen bestimmen immer stärker, wie eine nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft ausgestaltet wird. Mit unserem Politikmonitor wollen wir Einblicke geben, Überblick schaffen und Ausblicke versuchen.

Ihr **akzente**-Team



## THEMA

## Wie grün wird der große Schub?

Um die Transformation in Europa voranzutreiben, hätte es Corona nicht gebraucht. Die schon vor der Pandemie eingeleitete Sustainable-Finance-Strategie und der Green Deal der EU bringen kräftigen Schwung in die Wirtschaft und setzen ganze Branchen unter Nachhaltigkeitsdruck. Mit dem Wiederaufbauprogramm nach Corona gibt es nun definitiv kein Zurück mehr.

Das Lob kam von ungewohnter Seite: Als die Europäische Kommission am 20. Mai 2020 ihre Biodiversitätsstrategie 2030 vorstellte, waren es die europäischen Grünen, die Anerkennung zollten. Die Europapolitikerin Anna Deparnay-Grunenberg hob in der Wochenzeitung „Die Zeit“ positiv hervor, dass die EU-Kommission den Green Deal trotz Coronakrise weiter vorantreibt. Und schon bei der Vorstellung des Green Deal im Dezember 2019 gehörten die Grünen zu den ersten Befürwortern der Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

**STRATEGIEN DER EU** Die Biodiversitätsstrategie ist eine der Säulen des Green Deal. Der Ankündigung der Initiative am 11. Dezember folgte erstaunlich schnell der Investitionsplan und der „Mechanismus für einen gerechten Übergang“ am 14. Januar 2020. Dann ging es Schlag auf Schlag: Am 4. März wurde der Entwurf eines europäischen Klimagesetzes vorgelegt, am 10. März eine passende europäische Industriestrategie samt einer KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa, am 11. März ein Aktionsplan Kreislaufwirtschaft. Zuletzt erschien am 20. Mai die Landwirtschafts- und Lebensmittelstrategie „Vom Hof auf den Tisch“ (auch unter der englischen Bezeichnung „From Farm to Fork“ bekannt) und eben die Biodiversitätsstrategie. Die in den Green Deal involvierten Politikfelder lassen weitere Schritte erahnen, denn noch nicht abgedeckt sind Bereiche wie „Saubere Energie“, „Nachhaltige Mobilität“ und „Beseitigung der Umweltverschmutzung“ (sic). Das große Ziel des Green Deal: Die Europäische Union soll bis 2050 klimaneutral sein.

Schritt für Schritt umgesetzt wird auch die Sustainable-Finance-Strategie der EU samt ihrem Zehn-Punkte-Aktionsplan und der „Taxonomie“, also einer europäischen Definition dessen, was ein nachhaltiges Investment ist. Im Zusammenspiel sorgen Sustainable Finance, Green Deal und jetzt der Wiederaufbau nach Corona für ein Maß an Umwälzung in der Wirtschaft, das es so noch nicht gegeben hat. Sofern

## TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT



Quelle: Europäische Kommission, Factsheet Industriestrategie zum Green Deal

es am Ende des Verhandlungsmarathons auch wirklich so kommt, liegt darin eine große Chance für eine echte nachhaltige Entwicklung. Kein Zweifel: Durch Europa weht ein Wind der Veränderung, und wer als Unternehmen heute nicht aufpasst, könnte morgen vom Markt gefegt sein.

**WÜNSCHE FÜR DEN WIEDERAUFBAU** Nun ist der „Europäische Grüne Deal“, wie die offizielle deutsche Bezeichnung lautet, nicht identisch mit dem derzeit diskutierten europäischen Wiederaufbaufonds, auch Recovery Plan genannt. Doch wird auch die Frage, wie die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg bewältigt werden kann, an gewisse Forderungen geknüpft. Die Finanzmittel zum Wiederaufbau sollen zielgerichtet eingesetzt werden und dem Nachhaltigkeitsleitbild zumindest nicht widersprechen. Das heißt, dass die Welt nach Corona nicht mehr so ausse-



hen wird wie vorher, sondern der ökonomische Neustart mit mehr Ökologie und sozialer Gerechtigkeit einhergehen wird.

Schon im [letzten Politikmonitor \(Seite 4\)](#) hatten wir unter anderem von der Mitte April gegründeten Green Recovery Alliance berichtet, einem Zusammenschluss von Europaabgeordneten, Unternehmenslenkern, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, der forderte, dass wirtschaftliche Stimuli der EU dem Schutz von Klima und Artenvielfalt zugutekommen sollen. Die Umweltminister der EU-Mitgliedsländer hatten bereits im April dafür plädiert, den Green Deal zum Kern der europäischen Wiederaufbaubemühungen zu machen.

Ein ähnliches Anliegen formuliert der [Aufruf](#) eines Verbundes nachhaltigkeitsorientierter Finanzinitiativen unter dem Namen The Investor Agenda, dem unter anderem die Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC), die UNEP Finanzinitiative und die Initiative Principles for Responsible Investments (PRI) angehören. Bei allen aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronakrise, so der Aufruf, sollten die Regierungen der EU den Klimawandel nicht aus den Augen verlieren.

**NEXT GENERATION & GREEN DEAL** Tatsächlich ist der Green Deal zu einem wesentlichen Bestandteil des Wiederaufbauprogramms geworden. Das als [„Next Generation EU“](#) bezeichnete Instrument hat mit seinem bisher ungekannten Umfang von 750 Milliarden Euro Schlagzeilen gemacht und wird Teil des überarbeiteten EU-Haushalts für die Jahre 2021 bis 2027. Seit der Ankündigung am 27. Mai wird darum gerungen, wie es konkret zu finanzieren ist. Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch: Erstmals soll Geld direkt aus dem EU-Haushalt kommen, teilweise ohne Umweg über die Europäische Investitionsbank. Ob Zuschüsse oder Kredite vergeben werden sollen, ist bis dato (Mitte Juli 2020) noch nicht entschieden; ob Auflagen - etwa hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit in bestimmten Mitgliedsländern - bestehen, ist bisher ebenfalls noch Teil der Verhandlungsmasse.

Angesichts der Dimensionen und der Vielfältigkeit des Wiederaufbauprogramms gerät der Green Deal zwar - relativ gesehen - etwas ins Hintertreffen. Dennoch sieht der Plan vor, dass 25 Prozent des EU-Haushalts bis 2027 für Klimaschutzmaßnahmen aufgewendet werden sollen - je nachdem, was man alles darunter fassen will (Stichwort Landwirtschaftshilfen), könnte damit eine Menge bewirkt werden. Kommissionspräsidentin von der Leyen lässt sich mit den Worten zitieren: „Mit dem Aufbauplan verwandeln wir die immense Herausforderung in eine Chance, weil wir nicht nur den Aufbau unterstützen, sondern auch in unsere Zukunft investieren: Der

europäische Grüne Deal und die Digitalisierung werden Beschäftigung und Wachstum ankurbeln und die Resilienz unserer Gesellschaften und die Gesundheit unserer Umwelt fördern.“ „Next Generation EU“ soll noch im Laufe des Julis vom Europäischen Rat verabschiedet werden, dessen Präsidentschaft die Bundesregierung zum Monatsbeginn übernommen hat.

## DIE DREI SÄULEN VON „NEXT GENERATION EU“

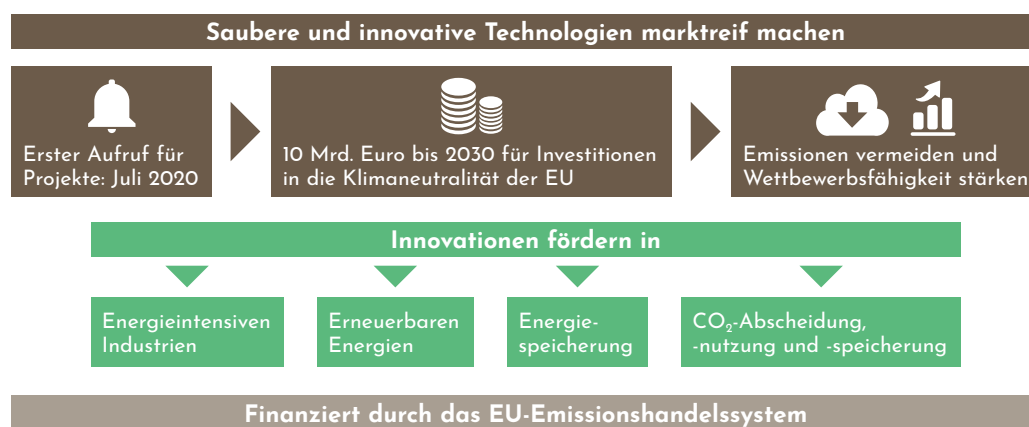
- 1 **Mitgliedstaaten bei Investitionen und Reformen unterstützen:** Eine neue Aufbau- und Resilienzfazilität im Umfang von 560 Milliarden Euro für Investitionen und Reformen, auch im Zusammenhang mit dem ökologischen und dem digitalen Wandel und der Resilienz der nationalen Volkswirtschaften, abhängig vom nationalen Bedarf. Neue Fonds werden gebildet und bereits geplante aufgestockt, die dem sozialen Zusammenhalt in Europa, dem „gerechten Übergang“ (Teil des Green Deals) und der Entwicklung des ländlichen Raums dienen sollen.
- 2 **Die Wirtschaft in der EU durch Anreize für private Investitionen ankurbeln:** Ein bewährter Ansatz der EU, der mit einem neuen Solvenzhilfeeinstrument und einer Aufstockung des „Vorzeigeprogramms“ InvestEU einhergeht. Letzteres wird mit einer neuen „Fazilität für strategische Investitionen“ über 150 Milliarden Euro aufgepolstert, das „strategischen Sektoren, die für die grüne und die digitale Wende von Belang sind“, zugutekommt.
- 3 **Die Lehren aus der Krise umsetzen:** Dies umfasst einen Mix aus dem neuen EU-Gesundheitsprogramm (EU4Health), einer Aufstockung des EU-Katastrophenschutzprogramms (rescEU), dem Programm für grundlegende Forschung in den Bereichen Gesundheit und Resilienz namens „Horizont Europa“, sowie grünen und digitalen Wandel etc.

**NEUER FONDS FÜR INNOVATIONEN** Zehn zusätzliche Milliarden Euro will die EU bis 2030 für Innovationen ausgeben, die „bahnbrechende Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien, energieintensive Industriezweige, Energiespeicherung sowie Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung“ fördert. Der am



3. Juli gestartete [Innovationsfonds](#) steht etwas abseits von Green Deal und Next Generation EU, weil dafür keine neuen Geldmittel aufgenommen werden müssen: Er speist sich aus den Einnahmen des europäischen Emissionshandelssystems. In einem ersten Schritt sind Unternehmen aus der EU sowie Island und Norwegen aufgefordert, bis zum 29. Oktober 2020 Projektvorschläge in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Euro einzureichen. Dieser Fonds könnte den Weg ebnen, die seit Langem diskutierte CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Nutzung endlich marktgängig zu machen. Die EU verspricht sich davon wesentliche Innovationen auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050.

## INNOVATIONSFONDS



Quelle: Europäische Kommission

**GEGENWIND UND KONTROVERSEN** Wie bei allem, was die EU (oder auch die Bundesregierung) in punkto Nachhaltigkeit beschließt, klingen die Einsichten und die Pläne zunächst richtig und wecken Hoffnungen. Die entscheidende Frage ist allerdings, was am Ende von den vielen Ankündigungen übrigbleibt. Wenn etwa Polen, ganz ohne finanzielle Konsequenzen fürchten zu müssen, vom Green Deal ausgenommen wird und weiter das monströse [Braunkohlekraftwerk Belchatów](#) betreiben darf, verpufft die Effizienz des „Deals“. Dass neben den Kohleländern Polen und Tschechien auch konservative Europaabgeordnete aus Deutschland dem Green Deal ablehnend gegenüberstehen, stimmt nachdenklich. Der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper erklärte etwa gegenüber dem [Handelsblatt](#): „Die ganzen Green-Deal-

Programme, die wir uns vorgenommen haben, wird sich nach der Coronakrise keiner mehr leisten können. ... Wenn die Wirtschaft wieder in Gang kommt, sollten wir sie nicht mit der Klimakeule direkt wieder lahmlegen.“

Ähnliche Töne kommen - der Green Recovery Alliance zum Trotz - auch aus der Wirtschaft. Direkt nach der Veröffentlichung des Green-Deal-Konzepts im Dezember 2019 [warnte BDI-Präsident Dieter Kempf](#) bereits vor schärferen Klimazielen auf EU-Ebene. Diese würden „zu einer weiteren Verunsicherung von Konsumenten und Unternehmen führen“, und die nötigen Billioneninvestitionen in Klima- und Umweltschutz müsse eine wettbewerbsfähige und innovationsfreudige Industrie leisten.

**DIE WEICHEN WERDEN GESTELLT** Das Umweltbundesamt (UBA) hat in einem [Konzept](#) ausgeführt, wie die Corona-Konjunkturpakete gezielt am Umweltschutz ausgerichtet werden können. „Der Neustart ist nur zukunftsfähig, wenn wir die Finanzhilfen auch zum Umbau zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Gesellschaft nutzen. Falls wir in überholte Technologien und Strukturen investieren, verschärft dies die Umweltkrise, behindert Innovation, mindert unsere Wettbewerbsfähigkeit und lässt die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in weite Ferne rücken“, so UBA-Präsident Dirk Messner. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hatte schon kurz zuvor [Empfehlungen](#) vorgelegt und gefordert, „kein frisches Geld für alte Ideen“ auszugeben. Und die Think Tanks Agora Energiewende und Agora Verkehrswende veröffentlichten Mitte Mai unter dem Titel [Der doppelte Booster](#) ihre Vorstellungen für ein nachhaltiges Konjunktur- und Wachstumsprogramm.

„Wo grün und Zukunft draufsteht, muss auch grün und Zukunft drin sein“, betont Germanwatch in einem [Blogbeitrag](#) zu den Corona-Konjunkturpaketen und antwortet damit auf Kritik seitens einiger Wirtschaftsvertreter an der jüngst verabschiedeten [EU-Taxonomie-Verordnung](#). Man könne als Unternehmen durchaus trotz noch fehlender delegierter Rechtsakte der EU-Mitgliedstaaten schon jetzt die Weichen stellen, schließlich wüssten alle, wohin die Reise gehe. Die KfW hat bei ihrer [Klimaschutzinitiative für den Mittelstand](#) deshalb bereits die EU-Taxonomie zur Definition nachhaltiger Geschäfte zugrunde gelegt.

Zweifellos beginnt für jene Unternehmen, die Nachhaltigkeit als ein zu managendes Regulierungsthema oder ein wohlmeinendes PR-Konzept eingestuft haben, jetzt ein tiefgreifender Lernprozess. Die Verletzlichkeit unserer hocheffizienten exportorientierten Wirtschaft, die in der Coronakrise offenbar wurde, sollte sie aber schon eingestimmt haben auf die Erkenntnis, dass die Erfolgsrezepte der Vergangenheit nicht unbedingt auch für morgen taugen.



## INTERVIEW

## „Der Preis ist der Schlüssel“

Die Wiederaufbauhilfen nach der Coronakrise seien eine „einmalige Investitionsanstrengung“, die kein zweites Mal komme, betont der finanz- und wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament, Sven Giegold, im Interview. Daher sei es so wichtig, die Gelder jetzt in die richtigen Bahnen zu lenken.

Herr Giegold, der Green Deal der Europäischen Union datiert schon vom Dezember 2019. Jetzt wird er zum Fahrplan eines „grünen Wiederaufbaus“ in Europa nach der Coronakrise. Gleichzeitig fordern andere bereits ein Aufweichen des Green Deals eben wegen der Coronakrise. Was sind Ihre Argumente in Richtung der Skeptiker?

Wenn jetzt Hunderte von Milliarden als Wiederaufbauhilfen ausgegeben werden und über 2.000 Milliarden anvisiert sind als direkte Hilfen für die Unternehmen in der Coronakrise, wird deutlich: Dieses Geld werden wir nicht noch einmal ausgeben können. Daher ist die Frage, ob wir die Klimaziele erreichen oder nicht, auch davon abhängig, ob wir diese einmalige Investitionsanstrengung jetzt gleich in die richtigen, zukunftsgerichteten Bahnen lenken. Darüber hinaus muss natürlich der Rahmen verändert werden, so dass auch private Investitionen eindeutig auf Klimaschutz, Biodiversität und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Der Green Deal ist daher im Wesentlichen kein öffentliches Investitionsprogramm, sondern ein Programm zur Stärkung der Investitionsbereitschaft und -fähigkeit des privaten Sektors.



© Dominik Butzmann

Was sind für Sie die wichtigsten Bestandteile des Green Deals? In welchen Bereichen erhoffen Sie sich die größte Wirkung?

Aus meiner Sicht ist das Zentrum des Green Deals eindeutig die Reform des Emissionshandels, verbunden mit dem so genannten „Border Adjustment“, also dem CO<sub>2</sub>-Ausgleich an der Grenze. Erst wenn CO<sub>2</sub> einen höheren Preis im europäischen Binnenmarkt hat, werden die Unternehmen und die Privathaushalte ihre Gewohnheiten verändern und noch stärker als bisher in die Zukunft investieren. Der Preis ist der Schlüssel. Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung müssen gerecht an die Haushalte zurückgegeben werden, um eine soziale Schiefelage bei der Belastung zu vermeiden. Danach geht es um die Regulierung der verschiedenen Sektoren. Und da spielen natürlich die großen CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien die zentrale Rolle. Das heißt, zuvorderst muss es darum gehen, die Energieregeln für Gebäude zu verändern und beim Thema saubere Mobilität schneller zum

Ziel zu kommen, also CO<sub>2</sub>-frei unterwegs zu sein. Wir brauchen ein umfassendes Programm zur erfolgreichen Sektorkopplung. Das bedeutet, wenn wir die Erneuerbaren konsequent ausbauen, können wir den Strom in den Überschusszeiten benutzen, um damit mobil zu sein, unsere Gebäude zu beheizen und gleichzeitig grünen Wasserstoff herzustellen. Daher wollen wir Grünen ein 70-Millionen-Dächer-Programm für den Ausbau der Photovoltaik in Europa.

Gerade erst hat der Fortschrittsbericht der EU zu den Sustainable Development Goals der UN festgestellt, dass es beim SDG 13, „Climate Action“, in den vergangenen fünf Jahren keine Fortschritte gab. Wie wahrscheinlich ist es, dass die EU bis 2050 wirklich klimaneutral wird?

Wir wissen aus der Menschheitsgeschichte, dass Innovationsprozesse – wenn sie einmal ausgelöst sind und die Rahmenbedingungen stimmen – sehr schnell vonstatten gehen, und zwar schneller, als wenn man nicht eingegriffen hätte. In dem Moment, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Technologien reif sind, entwickeln sie sich mit rasender Geschwindigkeit. Das ist auch hier so. Bisher hatte CO<sub>2</sub> keinen Preis. Bisher waren die politischen Anstrengungen nicht ernsthaft. Nun zu sagen, weil es in der Vergangenheit mit dem Klimaschutz nicht so schnell vorangegangen ist, werde es auch in Zukunft nicht geschehen, ist eine fragwürdige Argumentation. In Europa haben wir alle Voraussetzungen, um den Wandel zu schaffen.

Die große Frage mit Blick auf die UN-Ziele ist: Wird auch der Rest der Welt mitmachen? Und das hängt eben daran, ob es uns in Europa gelingt, Klimaschutz mit wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Gerechtigkeit zusammenzubringen. Nur wenn dies gelingt und



dadurch das Projekt des Klimaschutzes die gleiche öffentliche Unterstützung hat wie im Moment, haben wir eine Chance, dass sich das auch global verbreitet. Unsere Klima-Außenpolitik muss sich darauf konzentrieren, möglichst viele Länder mitzunehmen und Partnerschaften einzugehen, damit der Pariser Klimavertrag nicht scheitert, sondern die einzelnen Länder der Welt nach und nach - aber rasch - ihre Anstrengungen erhöhen.

**Sehen Sie in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli eher eine Chance oder eher ein Risiko für die Umsetzung des Green Deals?**

Die deutsche Ratspräsidentschaft ist aus meiner Sicht eine große Chance, und zwar auch deshalb, weil die Bundesregierung seitens der Grünen und der Klimabewegung unter Druck steht. Starke Grüne und eine starke Klimabewegung sowie die Unternehmen der Zwei-Grad-Initiative der deutschen Wirtschaft - sie alle setzen die Bundesregierung klimapolitisch unter Druck. Eine solche Situation haben wir nicht in allen Ländern Europas, und daher kann sich jetzt auch etwas bewegen. Ganz entscheidend ist, dass das europäische Klimagesetz, das ja den Rahmen bilden soll für alle Klimaanstrengungen, nicht nur das Datum der CO<sub>2</sub>-Neutralität des Kontinents festsetzt, also 2050, sondern auch harte Zwischenziele, idealerweise minus 65 Prozent gegenüber 1990 bei den Treibhausgasemissionen bis 2030. Dieses Klimagesetz muss unter der deutschen Ratspräsidentschaft ausverhandelt werden, und zwar nicht nur im Rat, sondern auch im Europäischen Parlament, damit Europa mit einem beschlossenen Klimagesetz in die globalen Klimaverhandlungen gehen und pünktlich seine verstärkten Maßnahmen einreichen kann.

## Kurz berichtet

### Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele

Einen Überblick über die weltweiten Fortschritte bei den globalen Nachhaltigkeitszielen gibt ein aktueller [Report](#) der Bertelsmann Stiftung und des Sustainable Development Solutions Network (SDSN). Der Bericht geht auch auf die Auswirkungen von Covid-19 auf die globalen Ziele ein. Für Europa zeigt ein [Bericht der Statistikbehörde Eurostat](#), dass bei fast allen Zielen in den vergangenen fünf Jahren Fortschritte gemacht wurden. Beim Klimaschutz aber stockt es und bei Fragen der Geschlechtergleichheit hat sich die EU sogar von dem Nachhaltigkeitsziel entfernt.

### Weniger Frieden auf der Welt

Die Welt war 2019 weniger friedlich als zehn Jahre zuvor - außerdem bedroht nun auch die Corona-Pandemie den Frieden in vielen Ländern. Dies ist das Fazit des [Global Peace Index](#) des „Institute for Economics and Peace“ (IEP), der jedes Jahr die Lage in mehr als 160 Ländern bilanziert. Da mit Kürzungen bei der Entwicklungshilfe und bei der Finanzierung von Uno-Friedensmissionen zu rechnen sei, könnten sich Länder wie Liberia, Afghanistan und Südsudan weiter destabilisieren. Zudem seien Staaten wie Brasilien, Pakistan und Argentinien durch wirtschaftliche Turbulenzen einem erhöhten Risiko durch politische Instabilität, Unruhen und Gewalt ausgesetzt.

### EU-Taxonomie veröffentlicht

Der EU-Aktionsplan Sustainable Finance wird weiter Schritt für Schritt umgesetzt: Am 22. Juni wurde die soge-

nannte [Taxonomie-Verordnung](#), ein zentraler Baustein des Aktionsplans, im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Sie legt fest, wann eine Wirtschaftstätigkeit als nachhaltig gelten kann - und richtet sich an Finanzmarktteilnehmer, die Finanzprodukte anbieten, sowie an Unternehmen, die zur Vorlage einer Nichtfinanziellen Erklärung verpflichtet sind. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Erwartungen als Finanzaufsichtsbehörde in Bezug auf das Management und die Offenlegung nichtfinanzieller Risiken in einem [Leitfaden zu Klima- und Umweltrisiken](#) dargelegt.

### Kohleausstieg beschlossen

Der Ausstieg aus der Verstromung von Braun- und Steinkohle bis 2038 ist beschlossen. Am 3. Juli stimmte dem Gesetz nach dem Bundestag auch der Bundesrat zu. Die Braunkohlebetreiber sollen 4,35 Milliarden Euro Entschädigung erhalten, zudem fließen 40 Milliarden Euro Strukturhilfen in die Kohleregionen. Die Grünen und Umweltorganisationen kritisierten das Gesetz. Sie fordern einen Ausstieg bis 2030. Einige Unionspolitiker hatten dagegen votiert.

### Nationale Wasserstoffstrategie

Nach langen Diskussionen hat sich die Bundesregierung am 10. Juni auf eine [Nationale Wasserstoffstrategie](#) geeinigt. Sie will damit den Aufbau eines internationalen Wasserstoffmarkts vorantreiben und Deutschland als Vorreiter positionieren. Bis 2030 sollen in Deutschland Erzeugungsanlagen von bis zu fünf Gigawatt Gesamtleistung entstehen. Der Einsatz von Wasserstoff soll in der Industrie wie auch im Verkehr gefördert werden, wobei der Fokus auf grünem Wasserstoff liegt. Als „grün“



gilt Wasserstoff, wenn die Energie zu seiner Erzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen wie Wind oder Sonne gespeist wird.

### Umsetzung der Energiewende

Anfang Juni meldete die Bundesregierung mit großer Verzögerung nach Brüssel, was sie bei Energiewende und Klimaschutz für die nächsten Jahre vorhat. Eins der wichtigsten Ziele des nationalen Energie- und Klimaplan, englisch kurz NECP, lautet: Auf 30 Prozent soll der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 anwachsen. Am 18. Juni hat der Bundestag dann das Gebäudeenergiegesetz (GEG) sowie Gesetzesänderungen zum Solardeckel und zur Abstandsregelung bei Windkraftanlagen beschlossen. Kritik kam umgehend: Das GEG enthalte keine Verschärfung der energetischen Standards, weder für Neubauten noch für den Bestand. Dass die Bundesländer nun selbst entscheiden sollen, welchen Abstand neue Windräder von Wohnbauten haben müssen, führe zu einem Wirrwarr. Die Tatsache, dass der Solardeckel fällt, wurde hingegen positiv aufgenommen. Das heißt, Solaranlagen werden weiter gefördert, auch wenn der Ausbau die Größenordnung von 52 Gigawatt erreicht hat.

### Gesetz zu Risikomineralien

Das deutsche Durchführungsgesetz zur [EU-Verordnung](#) über die Pflichten der Importeure von Zinn, Tantal, Wolfram und Gold aus Risikogebieten ist im Mai in Kraft getreten. Ziel ist eine verantwortungsvolle Rohstoffbeschaffung. Die betroffenen Unternehmen haben noch bis 1. Januar 2021 Zeit, um Verfahren einzurichten, mit denen

sich die Lieferketten überprüfen, Risiken ermitteln und Abhilfemaßnahmen einleiten lassen. Bei Verstößen drohen Bußgelder von bis zu 50.000 Euro.

### Eckpunkte für Lieferkettengesetz

Am 14. Juli erhalten die beteiligten Ministerien die Ergebnisse der zweiten Befragungsrunde zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (NAP). Mit dem Monitoring prüft die Bundesregierung, inwieweit in Deutschland ansässige Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen. Ende Juni hatte das [Handelsblatt](#) berichtet, dass sich die zuständigen Minister auf Eckpunkte eines Lieferkettengesetzes geeinigt haben. Demnach sollen knapp 7.300 Unternehmen künftig prüfen müssen, ob sich ihre Aktivitäten nachteilig auf Menschenrechte auswirken. Auf Europäer-Ebene hatte EU-Justizkommissar Didier Reynders im Frühjahr angekündigt, 2021 einen Gesetzesentwurf für ein Lieferkettengesetz vorzulegen. Die EU-Kommission hatte im Februar eine [Studie](#) zu Regulierungsoptionen für Sorgfaltspflichten in der Lieferkette veröffentlicht.

### Umbau des Unternehmensstrafrechts

Im Juni hat sich die Große Koalition auf einen Entwurf für ein [Gesetz zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft](#) geeinigt. Die bislang bei zehn Millionen Euro liegende Höchstgrenze bei Bußgeldern für Unternehmen mit einem weltweiten Jahresumsatz von mehr als hundert Millionen Euro wird auf bis zu zehn Prozent dieses Umsatzes erhöht. Wirtschaftsverbände kritisieren den Gesetzesentwurf.

### Auflagen für Fleischindustrie

Nach den Corona-Ausbrüchen in Schlachthöfen hat das Bundeskabinett Ende Mai Eckpunkte für ein [Arbeitschutzprogramm für die Fleischwirtschaft](#) verabschiedet. Demnach sollen das Schlachten und die Verarbeitung ab Januar 2021 nur noch durch Beschäftigte des eigenen Betriebes zulässig sein. Werkverträge und Leiharbeit wären damit nicht mehr möglich. Unter anderem sind auch höhere Bußgelder bei Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz vorgesehen.

### VERANSTALTUNGEN

19. - 22.10.2020: Green Week der EU,  
Thema „Natur und biologische Vielfalt“

3.11.2020: European Resources Forum des Umweltbundesamts als virtuelle Konferenz

### IMPRESSUM

akzente kommunikation und beratung GmbH (Hrsg.),  
Sabine Braun (ViSdP), Corneliusstraße 10, D-80469  
München

akzente berät Unternehmen, Marken und Organisationen seit über 25 Jahren zu Nachhaltigkeit und Verantwortung - in Strategie, Management, Reporting und Kommunikation. Gemeinsam mit unseren Kunden arbeiten wir an Lösungen zur Zukunftsfähigkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit ihrer Unternehmen.